



N i e d e r s c h r i f t

über die 18. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 07.12.2009	
Sitzungsbeginn:	18:05 Uhr	
Sitzungsende:	20:53 Uhr	
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal	38300

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Kreistagsvorsitzender

Schäfer, Uwe

CDU-Fraktion

Aust, Karl Otto

Bötel, Bernhard

Dinter, Ilona

Großer, Elke

Hasselmann, Rainer

stellv. Landrat

bis einschl. TOP 11

Heinisch, Dirk

Hopert, Horst

Jahn, Ernst-Henning

Koch, Manfred

Lagosky, Uwe

Lorenz, Dieter

Oesterhelweg, Frank

Vorsitzender der CDU
Kreistagsfraktion

Rautmann, Dirk

Seidenkranz, Gerhard

Siebert, Britta

Vogler, Birgit

Wolf, Hans-Heinrich

Wolff, Michael

SPD-Fraktion

Bosse, Marcus

Ganzauer, Oliver

Hantelmann, Peter

Hausmann, Michael
Heider, Ute
Hensel, Falk

Vorsitzender der SPD
Kreistagsfraktion

Kaatz, Detlef
Koch, Harald
Küchler, Helga
Mohr, Peter
Oberländer, Peter
Polzin, Bruno
Reichenpfader, Bärbel
Resch-Hoppstock, Sabine
Rupp-Brunswig, Dr. Heike
Sandte, Michael
Vree, Friedhelm
Wiegel, Heike

bis einschl. TOP 16

Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Brücher, Bertold

Vorsitzender der B 90/ Die
Grünen Kreistagsfraktion

Fuder, Jochen
Gerndt, Elisabeth
Müller, Jan-Christian

FDP- Fraktion

Fach, Thomas
Försterling, Björn

Vorsitzender der FDP
Kreistagsfraktion

DVU

Molau, Andreas

LINKS

Kretschmer, Roland

Von der Verwaltung

Röhmnn, Jörg
Schillmann, Claus Jürgen
Schäffer, Heike
Vogt, Kornelia
Löb, Susanne
Kelb, Marco

Landrat
Dezernent II
Dezernentin I
Pressesprecherin
Gleichstellungsbeauftragte
Protokollführer

Es fehlen:

CDU-Fraktion

Löhr, Norbert
Mühlenkamp, Ralf
von Veltheim, Alexander

SPD-Fraktion

Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard

stellv. Landrätin

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)
3. Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 21.09.2009
4. Anfragen
- 4.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
- 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
5. Neufassung der Richtlinie über die Gewährung von Kreiszuschüssen für ehrenamtliche Chorleiterinnen und Chorleiter in Gesangsvereinen und Chören
Vorlage: XVI-637/2009
6. Gewährung einer Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse;
hier: Bauliche Erweiterung der Grundschule Cramme und Wiederherstellung der Außenanlagen
Vorlage: XVI-654/2009
7. Gewährung einer Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse; hier: Errichtung einer offenen Ganztagschule an der "Schule am Teichgarten" in Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-655/2009
8. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Waldorfkindergarten Rudolf-Steiner-Straße e. V., Braunschweig betr. die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen
Vorlage: XVI-639/2009
9. Abfallwirtschaftskonzept 2009
Vorlage: XVI-648/2009
10. Satzung über die Einrichtung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen nach dem Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG)
Vorlage: XVI-649/2009
11. Antrag des LinksBündnisses zur Einsetzung einer Begleitgruppe für asylpolitische Angelegenheiten
Vorlage: XVI-656/2009
12. Beschluss über die Jahresrechnung 2007 des Landkreises Wolfenbüttel sowie über die Jahresabschlüsse 2007 der Regiebetriebe Gebäudewirtschaft und Tiefbau
Vorlage: XVI-658/2009
13. Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: XVI-663/2009
14. Über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 05.08.2009 bis zum 26.10.2009
hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO
Vorlage: XVI-664/2009

15. Neuausrichtung der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH
Vorlage: XVI-610/2009
16. Erste Änderungsverordnung zur Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom Landkreis Wolfenbüttel zugelassenen Taxen (Taxentarifordnung) vom 29. Mai 2001
Vorlage: XVI-665/2009
17. Antrag der Fraktionen von SPD - Sozialdemokratische Partei Deutschlands - und Bündnis 90 / Die GRÜNEN;
hier Radwegekonzept
Vorlage: XVI-666/2009
18. Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Braunschweig; hier: Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes für die Versammlung der Wahlbevollmächtigten
Vorlage: XVI-669/2009
19. Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Verwaltungsgericht Braunschweig; hier: Vorschlagsliste gemäß § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)
Vorlage: XVI-670/2009
20. Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit; hier: Vorschlagsliste gemäß § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung
Vorlage: XVI-671/2009
21. Benennung von 5 Mitgliedern und 5 Ersatzmitgliedern durch die CDU-Kreistagsfraktion für den Werksausschuss für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel (WLW)
22. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010
Unterlagen werden nachgereicht
Berichterstatte: Landrat R ö h m a n n
23. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Schäfer eröffnet um 18.05 Uhr die 18. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Die Anwesenden erheben sich und gedenken den kürzlich verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Marie von Rautenkranz und Dr. Jochim Rollwage.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)

Vorsitzender Schäfer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 21.09.2009

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss

Die Niederschrift über die 18. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 21.09.2009 wird genehmigt.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

Einwohner Hörner aus Cramme fragt, wie der Landkreis Wolfenbüttel auf eine etwaige Rattenplage, die durch den Betrieb von Geflügelmastanlagen auftreten könne, reagieren wolle.

Landrat Röhmann antwortet, dass bei vergleichbaren Anlagen bislang keine Rattenplagen aufgetreten seien. Ferner nehme der Landkreis Wolfenbüttel für seine kreisangehörigen Kommunen mittels Beauftragung eines entsprechenden Unternehmens sehr professionell und erfolgreich die Rattenbekämpfung wahr.

Einwohner Schneider aus Cramme fragt, ob dem Landkreis Wolfenbüttel bereits Anträge zum Bau von Geflügelmastanlagen vorlägen und ob diese vollständig seien. Des weiteren fragt er, ob geplant sei, Boden- und Grundwasserrückstellproben zu nehmen um eine spätere Nachweisführung bei einer Schädigung dieser Güter durch Geflügelmastanlagen zu ermöglichen. Einwohner Schneider erkundigt sich ferner, ob der Landkreis Wolfenbüttel über Grundwasserkartenwerke verfüge und wer für aus dem Betrieb von Geflügelmastanlagen resultierende Vermögens-, Umwelt- und Gesundheitsschäden hafte.

Landrat Röhmann antwortet, dass dem Landkreis Wolfenbüttel ein vollständiger Antrag und zwei unvollständige Anträge auf Errichtung von Geflügelmastanlagen in den Gemeinden Burgdorf, Cramme und Denkte vorlägen. Es sei nicht geplant, in diesem Zusammenhang Rückstellproben zu nehmen. Soweit Umweltschäden entstünden hafte der Störer im gefahrenabwehrrechtlichen Sinne.

Einwohner Meier aus Cramme fragt, wie der Landkreis Wolfenbüttel die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz von Geflügelmastanlagen gewichte.

Landrat Röhmann antwortet, dass die gesellschaftliche Akzeptanz im Baugenehmigungsverfahren keine Rolle spielen dürfe. Sehr wohl sei diese jedoch eine wesentliche Säule hinsichtlich der

diesbezüglichen Öffentlichkeitsarbeit. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Geflügelmastanlagen sei insbesondere auch abhängig von einer Kompromissbereitschaft derjenigen, die den Bau und Betrieb dieser Anlagen planten. Etwaige Kompromisse könnten beispielsweise bezüglich der Auswahl des Standortes oder bei der Umfeldgestaltung des Maststalles gefunden werden. Sollte keine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz für Massentierhaltungen vorliegen, müsse dies jedoch vom Gesetzgeber gewichtet werden. Der Landkreis Wolfenbüttel als ausführende Behörde könne dies nicht berücksichtigen.

Einwohner Hörner aus Cramme fragt, ob der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel die Rechtslage bezüglich der Genehmigung von Geflügelmastanlagen als zeitgemäß erachte.

Landrat Röhmann antwortet, dass diese Fragestellung außerhalb der Zuständigkeit des Kreistages des Landkreises Wolfenbüttel liege.

Einwohner der Stadt Salzgitter Süß gibt eine Stellungnahme ab.

Einwohner Schüber aus Burgdorf fragt, wo sich die durch einen Betrieb einer Geflügelmastanlage gestörten Wildtiere, insbesondere Wildvögel, die in großer Anzahl in Berel, Burgdorf, Nordassel und Salzgitter-Lesse beheimatet seien, künftig aufhalten sollten.

Landrat Röhmann berichtet, dass umweltrechtliche Fragen in das Genehmigungsverfahren Eingang finden würden.

Einwohner Hattendorf aus Wolfenbüttel fragt, welche Möglichkeiten gesehen würden, die allgemeine Akzeptanz des Genehmigungsverfahrens von Geflügelmastanlagen zu erhöhen.

Landrat Röhmann antwortet, dass der Landkreis Wolfenbüttel die Bürger bereits weit intensiver informiere als erforderlich sei. Hinsichtlich der Genehmigung der Anlagen in Burgdorf sei zudem auch formale Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren vorgesehen.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Vogler berichtet, dass sie festgestellt habe, dass die Aufhebung einer Betreuung durch den Landkreis Wolfenbüttel ca. ein Vierteljahr gedauert habe. Sie habe in diesem Zusammenhang gehört, dass in der Betreuungsstelle des Landkreises Wolfenbüttel Personal reduziert worden sei und fragt, ob die Bearbeitungsdauer sich künftig wieder verkürzen werde.

Landrat Röhmann antwortet, dass in der Betreuungsstelle des Landkreises Wolfenbüttel eine halbe Stelle gestrichen worden sei und sagt eine eingehende schriftliche Beantwortung der Frage zu.

KAbg. Wolff berichtet, dass die Einwohner des Ortes Wartjenstedt durch eine nicht art- und sachgerechte Haltung von mindestens fünf Doggen betroffen seien. Am 19. September 2009 sei ein neunjähriger Junge von den Tieren verletzt worden. Die Hundehalterin sei krankheitsbedingt nicht in der Lage, die Tiere derart zu halten, dass von ihnen keine Störungen für die Nachbarschaft ausgingen. In Wartjenstedt sei hierzu eine Unterschriftenaktion durchgeführt worden und der Antrag an die zuständigen Behörden gestellt worden, Maßnahmen zum Schutz der Nachbarschaft einzuleiten. Hierzu stellt der Sprecher nachstehende Fragen:

1. Welche Maßnahmen treffe der Landkreis Wolfenbüttel, damit eine Gefährdung der Bürger des Ortes künftig ausgeschlossen seien?
2. Wie würden die durch die Tiere verursachten nächtlichen Ruhestörungen abgestellt?
3. Wie werde der Landkreis Wolfenbüttel etwaige Auflagen, auch im benachbarten Landkreis

- Hildesheim, durchsetzen, da die Halterin die Doggen dort ebenfalls frei laufen lasse?
4. Wie werde die Nutzung des Spielplatzes in der Nachbarschaft der Hundehalterin für die Kinder des Ortes wieder ermöglicht?
 5. Wie und in welchen Abständen werde der Landkreis Wolfenbüttel etwaige Auflagen überwachen und die Einhaltung der Auflagen durchsetzen.
 6. Wie stelle sich Landrat Röhmann eine bürgerfreundliche Konfliktlösung vor, obwohl der Landkreis Wolfenbüttel den anwaltlich vertretenen Bürgern unter Berufung auf den Datenschutz die Einsichtnahme in die Akten verweigere?

Landrat Röhmann antwortet, dass der Sachverhalt sich aus den Facetten Gesundheitsschutz, Tierschutz und Ordnungsrecht zusammensetze. Im Ort Wartjenstedt lägen Probleme bezüglich einer Hundehaltung vor. Hier habe es auch den vom KAbg. Wolff benannten Zwischenfall gegeben. Hierauf habe der Landkreis Wolfenbüttel in enger Absprache mit der Samtgemeinde Baddeckenstedt unverzüglich Maßnahmen ergriffen, die zur Verhinderung eines erneuten Zwischenfalles dienten. Aus tierschutzrechtlicher Sicht sei die in Rede stehende Doggenhaltung nicht zu beanstanden. Es sei bislang nicht bekannt, dass nächtliche Ruhestörungen aufträten. Bezüglich des Gesundheitsschutzes könne er aus Gründen des Datenschutzes derzeit keine Ausführungen anstellen. Zur Sicherstellung der Gefahrenabwehr in dieser Angelegenheit werde eng mit dem Landkreis Hildesheim kooperiert. Das Vorliegen einer Gefahr bei Nutzung des Kinderspielplatzes sei bislang nicht gegenständlich gewesen und aufgrund der Einfriedung des Grundstückes der Hundehaltung auch nicht gegeben. Der Landkreis Wolfenbüttel habe geeignete Verfügungen getroffen, die sicherstellen, dass von der Hundehaltung keine akute Gefahr mehr ausgehe. Die in der Verfügung auferlegten Maßnahmen, welche unmittelbar überwacht und künftig noch ergänzt würden, seien bislang befolgt worden. Hinsichtlich einer bürgerfreundlichen Konfliktlösung führt der Sprecher aus, dass das zivilrechtliche Verfahren nicht mit dem ordnungsrechtlichen Verfahren vermischt werden dürfe. Er habe diesbezüglich auch ein Gespräch mit der Mutter des geschädigten Jungen geführt.

KAbg. Hasselmann fragt, welche ihm unbekannten Flaggen derzeit vor dem Hauptgebäude des Landkreises Wolfenbüttel gehisst seien.

Landrat Röhmann antwortet, dass diese Flaggen auf den „Tag gegen Gewalt an Frauen“, der auf den 25. November datiere, hinwiesen.

KAbg. Kretschmer weist darauf hin, dass er eine Anfrage zum Thema Atomtransporte sowie eine Anfrage zum Thema Geflügelmastanlagen eingereicht habe. Er merkt an, dass er an der Legalität des Vorgehens des Landkreises Wolfenbüttel in dieser Angelegenheit keine Zweifel hege. Jedoch müsse auf anderer Ebene diskutiert werden, ob es nicht sinnvoll sei, die politische Zuständigkeit über die Genehmigung solcher Anlagen auf die Kommunen zu verlagern. Der Sprecher fragt zudem, ob die Kommunen Bebauungspläne aufstellen könnten, die den Bau von Geflügelmastanlagen verhinderten.

Die Anfragen des KAbg. Kretschmer sind dieser Niederschrift als Anlagen 1 und 2 angefügt.

Landrat Röhmann antwortet, dass bei einer Kommunalisierung der Zuständigkeit zur Festlegung der Genehmigungsvoraussetzungen von Geflügelmastanlagen die Gefahr bestehe, dass entsprechende Anlagen nur in dem Umfang genehmigt würden, der zur Deckung des eigenen Bedarfs erforderlich sei. Somit wäre die ausreichende Lebensmittelversorgung von Städten jedoch nicht mehr gewährleistet. Daher sei es richtig, dass hierfür der Bund und das Land die Rahmenbedingungen vorgäben.

Dezernent Schillmann ergänzt, dass die verbindliche Bauleitplanung lediglich die Ansiedlung gewerblicher Mastanlagen beeinflussen könne. Landwirtschaftliche Mastanlagen seien im bauplanungsrechtlichen Außenbereich hingegen privilegiert und könnten durch die verbindliche Bauleitplanung nicht verhindert werden.

TOP 5 Neufassung der Richtlinie über die Gewährung von Kreiszuschüssen für ehrenamtliche Chorleiterinnen und Chorleiter in Gesangsvereinen und Chören
Vorlage: XVI-637/2009

KAbg. Hopert erläutert die Vorlage Nr. XVI-637/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Die der Vorlage Nr. XVI-637/2009 als Anlage 1 beigefügte Richtlinie über die Gewährung von Kreiszuschüssen für ehrenamtliche Chorleiterinnen und Chorleiter in Gesangsvereinen und Chören wird beschlossen und tritt am 01.01.2010 in Kraft.
2. Die am 12.12.1988 vom Kreisausschuss beschlossene Richtlinie tritt am 31.12.2009 außer Kraft.

TOP 6 Gewährung einer Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse; hier: Bauliche Erweiterung der Grundschule Cramme und Wiederherstellung der Außenanlagen
Vorlage: XVI-654/2009

KAbg. Hopert erläutert die Vorlage Nr. XVI-654/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Samtgemeinde Oderwald wird zu den Kosten der baulichen Erweiterung der Grundschule Cramme und Wiederherstellung der Außenanlagen eine Zuwendung in Höhe von einem Drittel (= 125.060,13 €) der zuwendungsfähigen Kosten (=375.180,39 €) aus der Kreisschulbaukasse gewährt.
2. Die Zuwendung ist zu
 - a) 40 v. H. als Zuweisung (= 50.024,05 €)
 - b) 60 v. H. als Darlehen (= 75.036,08 €)im Haushaltsjahr 2009 auszusahlen.

TOP 7 Gewährung einer Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse; hier: Errichtung einer offenen Ganztagschule an der "Schule am Teichgarten" in Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-655/2009

KAbg. Hopert erläutert die Vorlage Nr. XVI-655/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mit 45-Ja und einer Nein-Stimme nachstehenden

Beschluss:

1. Dem Regiebetrieb Gebäudewirtschaft des Landkreises Wolfenbüttel wird zu den Kosten der baulichen Erweiterungen zur Errichtung einer offenen Ganztagschule in der Schule am Teichgarten eine Zuwendung in Höhe von 50 v.H. (1.136.152,31 €) der zuwendungsfähigen Kosten (= 2.272.304,61 €) aus der Kreisschulbaukasse abzüglich der gewährten Landeszuwendung (= 1.184.000,00 €) gewährt, so dass sich ein Zuwendungsbetrag in Höhe von 1.088.304,61 € aus der Kreisschulbaukasse ergibt.
2. Die Zuwendung ist zu
 - a) 40 v.H. als Zuweisung (= 435.321,84 €)
 - b) 60 v.H. als zinsloses Darlehen (= 652.982,77 €)
mit einer Laufzeit von 10 Jahren ohne tilgungsfreie Jahreim Haushaltsjahr 2009 auszusahlen.

TOP 8 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Waldorfkindergarten Rudolf-Steiner-Straße e. V., Braunschweig betr. die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen Vorlage: XVI-639/2009

KAbg. Oberländer erläutert die Vorlage Nr. XVI-639/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, die öffentliche-rechtliche Vereinbarung mit dem Waldorfkindergarten Rudolf-Steiner-Straße e. V., Braunschweig für die Kindergartenjahre 2008/2009 und 2009/2010 entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage Nr. XVI-639/2009 abzuschließen.

TOP 9 Abfallwirtschaftskonzept 2009 Vorlage: XVI-648/2009

KAbg. Wolff erläutert die Vorlage Nr. XVI-648/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Abfallwirtschaftskonzept 2009 wird nach Abschluss des Veröffentlichungs- und Beteiligungsverfahrens in der der Vorlage Nr. XVI-648/2009 als Anlage beigefügten Fassung beschlossen unter Berücksichtigung der nachstehenden Änderung beschlossen:
Die Bezeichnung „Abfallwirtschaftskonzept 2009“ wird durch die Bezeichnung „Abfallwirtschaftskonzept 2009 bis 2020“ ersetzt.

TOP 10 Satzung über die Einrichtung eines Beirates für Menschen mit

**Behinderungen nach dem Niedersächsischen
Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG)
Vorlage: XVI-649/2009**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage Nr. XVI-649/2009.

KAbg. Großer führt aus, dass die Einrichtung eines Behindertenbeirates außerordentlich wichtig sei. Dies gelte umso mehr, da Menschen ohne Behinderungen die Problemstellungen von Menschen mit Behinderungen in der Regel nicht einschätzen könnten. Hierzu führt sie ein selbst erlebtes Beispiel in einem Wahllokal an. Deren Einrichtung sei mitunter nicht behindertengerecht. Hier könne der Beirat entsprechende Empfehlungen aussprechen. Ferner könne auch die Frage der Bereitstellung von Gebärdendolmetschern in Behörden oder die Schaffung von Barrierefreiheit behandelt werden. Aus diesen Gründen sei es zielführend, dass sich der Beirat aus Menschen mit Behinderungen zusammensetze.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die der Vorlage Nr. XVI-649/2009 als Anlage beigefügte „Satzung über die Einrichtung und Tätigkeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wolfenbüttel“ wird beschlossen.

**TOP 11 Antrag des LinksBündnisses zur Einsetzung einer Begleitgruppe für
asylpolitische Angelegenheiten
Vorlage: XVI-656/2009**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage Nr. XVI-656/2009.

KAbg. Brücher stellt im Namen der Bündnis 90 / Die Grünen-Fraktion den Antrag, die Angelegenheit in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zurückzuverweisen. Die Anregung, eine Begleitgruppe einzurichten, sei grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch müssten deren Aufgaben näher definiert werden. Der Sprecher schlage daher die Schaffung eines informellen Gremiums vor. Dieser Vorschlag möge im zuständigen Fachausschuss jedoch näher beraten werden.

Der Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

KAbg. Oesterhelweg ergänzt, dass sich zahlreiche Kreistagsabgeordnete mit diesem Thema befasst hätten. Er sei mit der Abschiebep Praxis in Niedersachsen nicht einverstanden. Es müsse geprüft werden, ob diese noch zeitgemäß sei. Die Einrichtung einer Begleitgruppe im Landkreis Wolfenbüttel sei jedoch abwegig, da dieser lediglich im Rahmen der Auftragsverwaltung tätig werde. Die Schaffung eines informellen Gremiums könne der Sprecher sich indes vorstellen. Dieses solle dazu dienen, dass sich der Kreistag ein Bild von den jeweiligen Sachverhalten machen könne. Ferner solle versucht werden, gegenüber den zuständigen gesetzgebenden Gremien Einfluss zu nehmen. Daher empfehle er, den Antrag auf Einrichtung einer Begleitgruppe abzulehnen, aber die Thematik vor dem Hintergrund der etwaigen Einrichtung eines informellen Gremiums im Fachausschuss abermals zu beraten.

KAbg. Resch-Hoppstock erläutert, dass die Einrichtung einer Begleitgruppe vortäuschen würde, dass der Landkreis Wolfenbüttel in Abschiebefällen Einfluss nehmen könnte. Dies sei jedoch nicht gegeben. Gleichwohl sollten die Verfahren transparenter durchgeführt werden, damit sich

Kreistagsabgeordnete zu den Einzelfällen fundiert äußern könnten. Daher sei das Ansinnen, ein Informationsgremium zu installieren begrüßenswert, damit sich der Kreistag der Sachlage stellen könne ohne dabei falsche Erwartungen zu wecken.

KAbg. Kretschmer fügt an, dass auch er den Antrag der Bündnis 90 /Die Grünen – Fraktion unterstütze. Die Intention dieses Antrages, die Aufgaben eines entsprechenden Gremiums zu präzisieren, sei positiv. Ergänzend hierzu solle jedoch sichergestellt werden, dass neben Mitgliedern des Kreistages auch Akteure des „Arbeitskreises Migration“ und des „Lokalen Netzwerkes Integration“ in die Arbeit des Gremiums eingebunden würden.

KAbg. Fach merkt an, dass die Einrichtung einer Begleitgruppe sinnlos sei. Aber eine Information von Kreistagsmitgliedern solle erfolgen, soweit dies zulässig sei. Diese Informationen könnten zum Beispiel im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen des Fachausschusses gegeben werden. Daher stimme die FDP-Fraktion dem Verweisungsantrag zu.

Landrat Röhmann betont, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, dass die Verwaltung alle Vorgänge gegenüber der Politik offenbaren dürfe. Trotzdem werde diese in den benannten Verfahren mehr Transparenz ermöglichen. Ferner solle der Kreistag den gegebenen Rechtsrahmen hinterfragen und versuchen, gegenüber dem Bund und dem Land Niedersachsen auf eine Änderung desselben hinzuwirken. Eine Beeinflussung des Verwaltungshandelns seitens des Kreistages könne jedoch in der in Rede stehenden Angelegenheit nicht stattfinden. Insbesondere ruft der Sprecher dazu auf, dass die zuständigen Mitarbeiter der Landkreisverwaltung nicht in einen Konflikt zwischen einem Gremium des Kreistages und der Fachaufsicht geraten. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit würden verwaltungsseitig die ausländerrechtlichen Maßgaben und die Abschiebep Praxis erläutert.

KAbg. Jahn wendet ein, dass eine Abstimmung über den Verweisungsantrag nicht notwendig sei. Schließlich habe Landrat Röhmann zugesagt, dass die Angelegenheit ohnehin in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit beraten werde. Daher schlage er vor, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 41 Ja-, einer Nein-Stimme und vier Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag des Linksbündnisses auf Einsetzung einer Begleitgruppe für asylpolitische Angelegenheiten (Vorlage Nr. XVI-656/2009) wird unter Ergänzung des der Niederschrift über die 18. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages als Anlage 3 beigefügten Antrages der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion zur Beratung in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit verwiesen.

TOP 12 Beschluss über die Jahresrechnung 2007 des Landkreises Wolfenbüttel sowie über die Jahresabschlüsse 2007 der Regiebetriebe Gebäudewirtschaft und Tiefbau Vorlage: XVI-658/2009

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-658/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Gemäß § 65 NLO in Verbindung mit § 101 Abs. 1 NGO wird die Jahresrechnung 2007 des Landkreises Wolfenbüttel beschlossen.
2. Gemäß § 1 EinrVO-Kom in Verbindung mit § 101 Abs. 1 NGO wird der Jahresabschluss 2007 des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft beschlossen.
3. Gemäß § 1 EinrVO-Kom in Verbindung mit § 101 Abs. 1 NGO wird der Jahresabschluss 2007 des Regiebetriebes Tiefbau beschlossen.

TOP 13 Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: XVI-663/2009

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-663/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Gemäß § 65 NLO bzw. § 1 EinrVO-Kom in Verbindung mit § 101 Abs. 1 NGO wird dem Landrat für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2007 Entlastung erteilt.

TOP 14 Über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 05.08.2009 bis zum
26.10.2009
hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO
Vorlage: XVI-664/2009

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-664/2009.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den vom 05.08.2009 bis zum 26.10.2009 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-664/2009 ergeben, wird Kenntnis genommen.

TOP 15 Neuausrichtung der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH
Vorlage: XVI-610/2009

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-610/2009.

Landrat Röhmann führt aus, dass die Arbeit der Projekt Region Braunschweig GmbH (PRBS) zu vielen Enttäuschungen geführt habe. Jedoch sei insbesondere die Darstellung deren Tätigkeit miserabel. Die PRBS habe Erwartungen geweckt, die nicht eingetreten seien. Dies läge mitunter daran, dass selbige unrealistisch waren. Jedoch habe auch das Management der PRBS Fehler

gemacht. Ferner habe der Landkreis Wolfenbüttel auf das Wirken der PRBS keinerlei Einfluss nehmen können. Das Vorhaben, die Landräte der Landkreise Goslar und Wolfenbüttel sowie den Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg in den Aufsichtsrat der PRBS zu wählen, erzeuge ebenso Zuversicht wie die avisierte Kooperation der PRBS mit der Wolfsburg AG, die innerhalb von drei Jahren als Fusion abgeschlossen sein solle. Der Sprecher regt an, für das Haushaltsjahr 2010 den Beitrag zur PRBS in Höhe von 60.000 Euro zu veranschlagen. Er erwarte, dass der Landkreis Wolfenbüttel mittels konkreter Maßnahmevorschläge und Zielvereinbarungen künftig intensiver von der PRBS profitieren werde.

KAbg. Oesterhelweg erklärt, dass die CDU-Fraktion mit der bisherigen Tätigkeit der PRBS unzufrieden sei. Er werte die angestrebte Kooperation mit der Wolfsburg AG als Bereicherung. Daher werde die CDU-Fraktion einer weiteren Mitgliedschaft in der PRBS, zunächst befristet auf ein Jahr, zustimmen.

KAbg. Försterling bemerkt, dass die bisher in die PRBS investierten 500.000 Euro keinerlei positiven Effekte für den Landkreis erbracht hätten. Nunmehr sei zu beschließen, ob diese Summe verloren gegeben oder ob noch ein Versuch unternommen werde, einen Mehrwert für den Landkreis Wolfenbüttel zu erwirken. Mittels der Kooperation mit der Wolfsburg AG sei die Chance gegeben, dass sich eine Verbesserung der Situation erzielen lasse. Die Mitgliedschaft von Landrat Röhmann im Aufsichtsrat der PRBS gebe die Chance, dass der Landkreis Wolfenbüttel künftig mehr Einfluss auf deren Vorhaben ausüben könne. Um von der PRBS doch noch profitieren zu können, solle die weitere Mitgliedschaft in selbiger angestrebt werden.

KAbg. Müller regt an, die Angelegenheit in den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten zu überweisen und im Rahmen der Haushaltsberatungen eine erneute Befassung anzustrengen. Neben der Frage, ob der Kreistag mit dem nunmehr vorgelegten Konzept einverstanden sei, müsse diskutiert werden, ob die durch die PRBS vorgenommene Bewertung der bisherigen eigenen Leistungen geteilt werde. Ferner sei zu bezweifeln, dass die Aufstockung des Aufsichtsrates tatsächlich zu einer zufriedenstellenderen Arbeit der PRBS führe.

KAbg. Hensel entgegnet, dass eine Überweisung in den Fachausschuss nicht erfolgen sollte, da der Landkreis Wolfenbüttel der PRBS Sicherheit geben müsse. Daher sei es bedauerlich, dass kein Beschluss über eine Mitgliedschaft in den nächsten drei Jahren herbeigeführt werde, da sich auch die PRBS für diesen Zeitraum konzeptionell ausrichte. Ob es sich um die bisher geleistete Summe in Höhe von 500.000 Euro um eine Fehlinvestition handele sei fraglich. Die Messung ob und in welchem Umfang durch die Unterstützung der PRBS Arbeitsplätze im Landkreis Wolfenbüttel geschaffen worden seien, sei schwierig. Jedoch sei festzustellen, dass die PRBS durch Kooperationen mit der Fachhochschule Ostfalia, der Unterstützung beim Übergangsmanagement Schule-Beruf, beim Projekt CleWfer und bezüglich des Energiedorfes Beuchte auch Projekte im Landkreis Wolfenbüttel gestärkt habe. Ferner werde durch das in Aussicht stehende Aufsichtsratsmandat von Landrat Röhmann erstmals ein Mitspracherecht des Landkreises Wolfenbüttel ermöglicht.

Landrat Röhmann fügt an, dass, soweit kein Beschluss über die weitere Mitgliedschaft des Landkreises Wolfenbüttel in der PRBS gefasst werde, dieser zum 31.12.2009 automatisch aus der PRBS ausscheiden würde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 37 Ja-, einer Nein-Stimme und 7 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Der Landkreis Wolfenbüttel stimmt der Neuausrichtung der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH zu und stellt hierfür im Haushaltsplan des Haushaltsjahres 2010 60.000 Euro zur Verfügung.

**TOP 16 Erste Änderungsverordnung zur Verordnung über
Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom
Landkreis Wolfenbüttel zugelassenen Taxen (Taxentarifordnung)
vom 29. Mai 2001
Vorlage: XVI-665/2009**

KAbg. Bosse erläutert die Vorlage Nr. XVI-665/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die als Anlage 1 zur Vorlage XVI-665/2009 beigefügte 1. Änderungsverordnung zur Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom Landkreis Wolfenbüttel zugelassenen Taxen (Taxentarifordnung) wird beschlossen.

**TOP 17 Antrag der Fraktionen von SPD - Sozialdemokratische Partei
Deutschlands - und Bündnis 90 / Die GRÜNEN;
hier Radwegekonzept
Vorlage: XVI-666/2009**

KAbg. Bosse erläutert die Vorlage Nr. XVI-666/2009.

KAbg. Wiegel führt aus, dass das Radfahren gesund und umweltfreundlich sei. Außerdem mache es Spaß. Jedoch sei das Radwegekonzept des Landkreises Wolfenbüttel und die entsprechende Prioritätenliste unter Setzung von Schwerpunkten überarbeitungsbedürftig. Insbesondere müssten bestehende Lücken im Radwegenetz geschlossen werden. Ferner solle gewährleistet werden, dass sichere und fahrradtaugliche Wege zur Erreichung von Arbeitsplatz und Schule zur Verfügung stehen. Zudem ziele der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion und der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion darauf ab, den Fahrradtourismus im Landkreis Wolfenbüttel an Straßen und zwischen Feldern zu stärken. Der Ausbau von Radwegeverbindungen diene der Ressourcenschonung, der Gesundheitsförderung und sei deshalb eine zukunftsgerichtete sinnvolle Maßnahme. Deshalb müsse der Ausbau des Radwegenetzes trotz schwieriger Haushaltslage vorangetrieben werden. Der erste Schritt hierzu sei die Neuerstellung der Prioritätenliste.

KAbg. Lagosky merkt an, dass der Landkreis Wolfenbüttel bereits seit dem Jahr 2004 über ein Radwegekonzept verfüge. Dieses sei unter anderem durch Kooperationen mit dem Land Niedersachsen und den kreisangehörigen Kommunen vorangetrieben worden. Hierzu nennt der Sprecher das Beispiel des Projektes zur Erstellung eines Radweges zwischen Cremlingen und Sickte. Die CDU-Fraktion unterstütze den vorliegenden Antrag. Unter Hinweis auf den im Jahre 2007 gestellten und abgelehnten Antrag der CDU-Fraktion auf Einstellung eines Tiefbauingenieurs zur Radwegeplanung bittet der KAbg. Lagosky darum, dass künftig auch Anträge seiner Fraktion zum Thema Radwegeplanung breite Unterstützung im Kreistag fänden.

KAbg. Brücher ergänzt, dass prioritärer Inhalt des zur Beratung stehenden Antrages die Schaffung von Radwegeverbindungen bzw. die Schließung von Verbindungslücken für Wege zur Arbeit sei. Beispielhaft hierfür sei die noch nicht geschlossene Radwegeverbindung zwischen Fümmelse und Salzgitter.

Landrat Röhmann stellt dar, dass die Erstellung eines Radweges im Landkreis Wolfenbüttel noch nie an Personalmangel gescheitert sei. Der Radwegebau an Landesstraßen sei eine Aufgabe des

Landes Niedersachsen und der Landkreis Wolfenbüttel sollte sich nicht zur Erfüllung fremder Aufgaben missbrauchen lassen. Dies gelte auch für die Radwegeverbindung von Fömmelse nach Salzgitter. Die Landtagsabgeordneten aus dem Landkreis Wolfenbüttel sollten sich gegenüber der Landesregierung für einen Ausbau des Radwegenetzes an Landesstraßen im Landkreis Wolfenbüttel stark machen.

KAbg. Oesterhelweg entgegnet, dass Landrat Röhmann den Landtagsabgeordneten nicht erklären müsse, wie diese ihre Arbeit zu erledigen hätten. Die Nachweise, dass sich der Sprecher und der Landtagsabgeordnete Försterling gegenüber der Landesregierung für den Radwegebau im Landkreis Wolfenbüttel einsetzen seien vorhanden. Wenn das Land Niedersachsen und der Landkreis Wolfenbüttel beim Radwegebau an Landesstraßen kooperierten, könnten mehr Gemeinschaftsradwege an Landesstraßen verwirklicht werden. Hierzu hätte der Landkreis Wolfenbüttel mithilfe eines zusätzlichen Mitarbeiters Planungsvorleistungen erbringen können.

KAbg. Bosse ergänzt, dass alle Landtagsabgeordneten aus dem Landkreis Wolfenbüttel bemüht seien, Landesmittel zum Radwegebau im Landkreis Wolfenbüttel zu akquirieren. Schreibe man jedoch das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr mit dem vorgenannten Ziel an, so erhalte man stets die Antwort, dass keine Mittel zur Verfügung stünden, da im Jahre 2009 nur ein Radweg im Landkreis Wolfenbüttel durch das Land geplant gewesen sei. Dies werde sich vermutlich auch künftig nicht ändern, womit festzustellen sei, dass man sich in dieser Angelegenheit nicht auf das Land Niedersachsen verlassen könne.

KAbg. Försterling wendet ein, dass die Regierungsfraktionen des Landes Niedersachsen in den letzten Jahren trotz schwieriger Haushaltslage stets die Haushaltsmittel für den Radwegebau erhöht hätten. Trotzdem könnten nicht alle Wünsche erfüllt werden. Daher habe das Land Niedersachsen den Kommunen das Angebot unterbreitet, dass, soweit selbige planerische Vorleistungen erbrachten, die entsprechenden Radwege in der Prioritätenliste des Landes an höherer Stelle platziert würden. Diese Vorleistungen konnten durch den Landkreis Wolfenbüttel infolge der durch die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion und Landrat Röhmann zu verantwortenden Ablehnung des Antrages der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion aus dem Jahr 2007 nicht erbracht werden.

Landrat Röhmann führt aus, dass eine zusätzliche Stelle zur Radwegeplanung dem Problem nicht abgeholfen hätte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- 1.) Das bestehende Radwegekonzept des Landkreises Wolfenbüttel wird dergestalt erweitert, dass fahrradtaugliche Verbindungen
 - für den Weg zur Arbeit
 - zur Schule
 - und zur Stärkung des Fahrradtourismusim Landkreis Wolfenbüttel aber auch aus ihm heraus und in ihn herein ausgebaut werden.
- 2.) Kurzfristig werden Lücken zwischen bestehenden Radwegen innerhalb der Gebietskörperschaften geschlossen um die unter 1.) genannten Ziele zu verwirklichen.

**TOP 18 Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim
Verwaltungsgericht Braunschweig; hier: Wahl eines Mitgliedes und
eines stellvertretenden Mitgliedes für die Versammlung der**

Wahlbevollmächtigten
Vorlage: XVI-669/2009

KAbg. Oesterhelweg und KAbg. Hensel erläutern die Vorlage Nr. XVI-669/2009.

Ohne Aussprache vollzieht der Kreistag einstimmig nachstehende

Wahl:

1. KAbg. Resch-Hoppstock wird gemäß § 5 Abs. 1 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zur Verwaltungsgerichtsordnung i.d.F. vom 01. Juli 1993 (Nds.GVBl. S. 175, zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. November 2004 (Nds.GVBl. S. 394), zum Mitglied für die Versammlung der Bevollmächtigten gewählt.
2. Herr Wilfried Prisett wird gemäß § 5 Abs. 1 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zur Verwaltungsgerichtsordnung i.d.F. vom 01. Juli 1993 (Nds.GVBl. S. 175, zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. November 2004 (Nds.GVBl. S. 394), zum stellvertretenden Mitglied für die Versammlung der Bevollmächtigten gewählt.

**TOP 19 Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem
Verwaltungsgericht Braunschweig; hier: Vorschlagsliste gemäß § 28
der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)
Vorlage: XVI-670/2009**

KAbg. Hensel erläutert die Vorlage Nr. XVI-670/2009.

KAbg. Oesterhelweg verliest die Vorschläge der CDU-Fraktion.

KAbg. Hensel verliest die Vorschläge der SPD-Fraktion.

KAbg. Brücher berichtet, dass die Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion keinen Vorschlag unterbreite.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag schlägt gemäß § 28 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) folgende Personen für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Braunschweig vor:

Ilona Dinter (Rhene)
Heinz Dobrick (Wolfenbüttel)
Hannelore Fulle (Cremlingen)
Brigitte Fust (Schöppenstedt)
Elke Großer (Wolfenbüttel)
Ernst Heilmann (Heere)
Ralf Hinz (Heere)
Christoph Knaak (Eitzum)
Bernfried Keye (Wolfenbüttel)
Jürgen Kremling (Remlingen)
Elke Kochsiek-Dieke (Wolfenbüttel)
Doris Liefner (Wolfenbüttel)
Jürgen Michaelis (Wolfenbüttel)
Arnold Otto (Elbe)

Ute Pfaff (Dettum)
Christiane Seekamp (Kneitlingen)
Carola Trussner (Kneitlingen)

**TOP 20 Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit; hier: Vorschlagsliste gemäß § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung
Vorlage: XVI-671/2009**

KAbg. Oesterhelweg erläutert die Vorlage Nr. XVI-671/2009.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag wird gebeten, gemäß § 28 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) den KAbg. Lorenz für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die niedersächsische Gerichtsbarkeit namentlich vorzuschlagen.

TOP 21 Benennung von 5 Mitgliedern und 5 Ersatzmitgliedern durch die CDU-Kreistagsfraktion für den Werksausschuss für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel (WLW)

KAbg. Oesterhelweg verliest die Vorschläge der CDU-Fraktion zur Besetzung des Werksausschusses für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Für den Werksausschuss für die Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel werden ergänzend zu den in der 15. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages vollzogenen Benennungen folgende Mitglieder und Ersatzmitglieder benannt:

Stimmberechtigte Mitglieder:

KAbg. Heinisch

KAbg. Mühlenkamp

KAbg. Schäfer

KAbg. Seidenkranz

KAbg. Wolff

Ersatzmitglieder:

KAbg. Hasselmann

KAbg. Hopert

KAbg. Jahn

KAbg. M.Koch

KAbg. Lorenz

**TOP 22 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010
Unterlagen werden nachgereicht**

Berichterstatter: Landrat R ö h m a n n

Landrat Röhmann erläutert anhand einer Präsentation den Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010. Er berichtet, dass aufgrund der infolge der Finanzkrise unsicheren Datenlage bezüglich der Ertragslage und aufgrund des Systemwechsels von der Kameralistik zum Neuen Kommunalen Rechnungswesen eine Einbringung des Haushaltes in der 17. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages noch nicht möglich gewesen sei. Der Sprecher dankt den Mitarbeitern der Landkreisverwaltung für die erbrachten Leistungen zur Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens. Hierbei sei insbesondere der zuständige Projekt- und Abteilungsleiter Henze lobend zu erwähnen. Das Neue Kommunale Rechnungswesen setze sich aus den Komponenten Ergebnis-, Finanzrechnung und Bilanz zusammen. Ferner würden neun Teilhaushalte gebildet. Die Verwaltung prüfe derzeit, ob die Eigen- und Regiebetriebe des Landkreises Wolfenbüttel in den Kernhaushalt reintegriert werden sollten.

Hinsichtlich der zu erwartenden Ertragslage führt der Sprecher aus, dass sich die Landeszuweisungen aufgrund der Finanzkrise um 20,5 Prozent verringern würden. Unter anderem deshalb sei der haushaltsrechtlich auszugleichende Ergebnishaushalt mit einem strukturellen Defizit in Höhe von 6,118 Mio. Euro beplant. Das Defizit des Finanzhaushaltes betrage rund 14 Mio. Euro und werde lediglich durch eine Kreditaufnahme auf ca. 7,9 Mio. Euro reduziert. Zur Aufrechterhaltung der dauernden Leistungsfähigkeit des Landkreises Wolfenbüttel müssten Einschränkungen vorgenommen werden. Jedoch werde der finanziellen Lage der Kommunen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes weiterer Schaden zugefügt. Schon jetzt erhielten die Kommunen nicht die zur Erledigung ihrer Aufgaben ausreichende Finanzmittelausstattung vom Bund und vom Land. Trotz der schwierigen Haushaltslage müsse der Landkreis Wolfenbüttel in Bildung investieren, da dies einen entscheidenden Beitrag zur Aufrechterhaltung dessen dauernder Leistungsfähigkeit darstelle. Der Sprecher äußert, dass er daher stolz sei, dass der Kreistag entschieden habe, in die Errichtung einer Integrierten Gesamtschule und in das Projekt „Übergangsmanagement Schule-Beruf“ investiere.

Landrat Röhmann berichtet, dass der Haushaltsplanentwurf ein Anwachsen der Schulden des Landkreises Wolfenbüttel auf 66,085 Mio. Euro vorsehe. Das Vermögen, welches derzeit noch ermittelt werde, überwiege voraussichtlich die Schulden. Der strukturelle Haushaltsausgleich werde frühestens im Haushaltsjahr 2013 wieder erreicht.

Im Haushaltsplanentwurf würden Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen dargestellt, die einen Wert von 100.000 Euro überstiegen. Hierzu gehöre auch die Förderung der geplanten Sanierung des Bahnhofes Börßum.

Die Verwaltungsleitung habe Beschlüsse zur dauerhaften Senkung von Aufwendungen gefasst. Hiernach solle in den nächsten vier Jahren eine vierprozentige Reduzierung der Personalaufwendungen erfolgen. Dieses Ziel solle durch natürliche Fluktuation erreicht werden. Betriebsbedingte Kündigungen seien indes nicht geplant. Aufgrund der Personalreduzierungen würden die Mitarbeiter der Landkreisverwaltung mit Leistungsverdichtungen belastet. Daher erwarten diese, dass auch der Kreistag Entscheidungen treffe, die zu Einsparungen führten. Die Verwaltungsleitung habe mit den Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen und den stellvertretenden Landräten in einer Klausurtagung über Konsolidierungsmaßnahmen beraten. Hier seien richtungsweisende Empfehlungen ausgesprochen worden, für die der Sprecher den Kreistag um Solidarität bitte. Dies gelte unter anderem für eine Veränderung der Finanzierungssystematik für das Frauenschutzhaus, die bereits ab 01.01.2010 durch Abschlagszahlungen wirksam werde. Die von der Verwaltungsleitung zuständigkeitshalber getroffenen Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung seien bereits in den vorliegenden Planentwurf eingeflossen.

Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Der Antrag der Samtgemeinde Oderwald bezüglich des Bahnhofes Börßum ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

KAbg. Försterling fragt, wie hoch der Bestand der Kreisschulbaukasse sei und ob die Möglichkeit bestehe, den Haushaltsplanentwurf inklusive Darstellung der Produktkonten als CD-Rom zu erhalten.

Landrat Röhmann antwortet, dass er die Anfrage zur Kreisschulbaukasse im Rahmen der Niederschrift beantworten werde. Die Möglichkeit der Bereitstellung des Planentwurfes auf CD-Rom werde er prüfen lassen.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Bestand der Kreisschulbaukasse beträgt zum 14.12.2009 154.413,36 Euro.

TOP 23 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Landrat Röhmann teilt mit, dass der KAbg. Molau nicht mehr der NPD angehöre und nunmehr Mitglied der DVU sei.

Vorsitzender Schäfer schließt den öffentlichen Teil um 20.51 Uhr.

Vorsitzender Schäfer eröffnet den nichtöffentlichen Teil um 20.53 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in